

## Lange Spargelsaison, zufriedene Bauern

**LANDWIRTSCHAFT** Erntemenge dank konstantem Wetter höher als in den Vorjahren

**SÜDHESSEN. Spargelade! Heute, am Johannistag, endet offiziell die Saison. Sie war lang, die Bauern sind zufrieden.**

Der hessische Bauernverband rechnet damit, dass in diesem Jahr wieder mehr als 10 000 Tonnen Spargel geerntet worden sind, nachdem die vergangenen beiden Jahre schwach ausgefallen waren. 9500 Tonnen gab es 2013, 9600 Tonnen im Jahr zuvor. Die Landkreise Bergstraße, Groß-Gerau und Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt sind die hessischen Spargelhochburgen, hier wird das Gemüse auf fast 2000 Hektar angebaut. Die Preise lagen nach Angaben des Bauernverbands rund 20 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Die Erntemenge 2014 wird nach Angaben von Rolf Meinhardt, Sprecher des Arbeitskreises Spargel Südhessen und Spargelbauer in Weiterstadt (Landkreis Darmstadt-Dieburg), um zehn bis 15 Prozent über der des Vorjahres liegen. Gründe dafür sind der sehr frühe Saisonbeginn im März und das spargelfreundliche Wetter.

Mehr Nachrichten aus der Region in den Lokalteilen

„Wir hatten konstante, gemäßigte Temperaturen“, sagt Georg Peter Merlau vom gleichnamigen Spargelhof in Darmstadt. Die einzige Hitzeperiode an Pfingsten war schnell vorüber. Fünf bis zehn Prozent mehr Spargel als im langjährigen Schnitt hat Merlau geerntet, Zahlen will er, wie die anderen Bauern auch, nicht nennen.

Die günstigen Wetterbedingungen hätten, sagt Merlau, da-

zu geführt, dass die Preise sich auf einem stabilen Niveau eependelten, Sprünge wie in den vergangenen Jahren habe es nicht gegeben. „Die Vermarktungslage war entspannt.“ 50 Prozent seines Spargels verkauft Merlau direkt, die andere Hälfte geht an die Obst- und Gemüse-Absatzgenossenschaft in Bruchsal. Merlau dehnt die Saison ein bisschen aus, bis zum 28. Juni gibt es bei ihm Spargel.

**Die Klasse 1 war nicht gefragt**

Gerd Knecht aus Lampertheim (Kreis Bergstraße) dagegen hat das Spargelstechen bereits am Donnerstag vergangener Woche eingestellt. Der Absatz sei am Ende der langen Saison nicht mehr da gewesen, sagt Knecht, der auf Märkten und am Großmarkt verkauft. Er hat die Erfahrung gemacht, dass es schwierig ist, Klasse-1-Spargel zu vermarkten. Der Grund ist einfach: Spargel der Klassen 2 und 3 schmeckt, trotz rosa oder violetten Köpfchen, genauso gut wie die perfekt weißen Stangen, ist aber preiswerter. In einer Spargelgegend wie Südhessen wissen das natürlich auch die Kunden. Und auf dem Großmarkt hätten die Supermärkte, die regionale Ware anbieten, die Klasse 1 ebenfalls nur sehr zurückhaltend geordert, sagt Knecht.

Am Sonntag hat auch Jörg Schneider aus dem Groß-Gerauer Stadtteil Dornheim die Saison beendet. Er ist zufrieden: „Die Saison war extrem lang, der Absatz von Anfang bis Ende gleichmäßig.“ Das Ende der Spargelzeit passe gut zur Fußball-Weltmeisterschaft, findet Schneider: „Zum Fußball gucken passt kein Spargel, da essen die Leute sowieso Chips.“ *reh/dpa*

## Lkw-Fahrer stirbt nach Unfall auf A 5

**HEPPENHEIM.** Bei einem schweren Lkw-Unfall am Montagmittag auf der A 5 bei Heppenheim ist ein 34 Jahre alter Lastwagenfahrer ums Leben gekommen. Gegen 15.15 Uhr fuhr der Mann aus dem Landkreis Bayreuth zwischen Heppenheim und Hemsbach auf ein Stauende auf – aus ungeklärten Gründen, wie die Polizei mitteilte. Durch den Unfall wurde der vor ihm fahrende Lastwagen auf einen dritten Lkw aufgeschoben. Einer der Fahrer wurde leicht verletzt. Die Höhe des Schadens ist noch nicht bekannt. Zunächst war die Autobahn voll gesperrt; die Fahrstreifen in Richtung Süden sollten erst am Abend freigegeben werden. *e*

## Auftakt im Mordprozess

**KAISERSLAUTERN.** Nach dem gewaltsamen Tod einer schwangeren Frau aus Ginsheim-Gustavsburg hat am Montag vor dem Landgericht Kaiserslautern der Prozess gegen den Freund des Opfers begonnen. Der Mann aus der Nordpfalz schwig vor Gericht. Er bestreitet die Tat. Dem 28-Jährigen wird vorgeworfen, im Februar seine 25 Jahre alte Freundin getötet und verbrannt zu haben (wir haben berichtet). Laut Anklage wollte er so die Familienehre retten und Unterhaltszahlungen vermeiden. Für den Prozess sind zehn Verhandlungstage angesetzt. Es sollen 70 Zeugen gehört werden. *dpa*

## Zwei Touristen stürzen ab

**SÜDHESSEN.** Ein 71 Jahre alter Mann, der nach Informationen des Hessischen Rundfunks aus Rüsselsheim stammt, starb beim Bergsteigen in den Allgäuer Alpen. Nach Auskunft des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West war er mit seiner Schwester auf dem Weg vom Kühgundkopf zum Iseler Berg, als er 150 Meter in die Tiefe stürzte.

Bei einem Absturz in einen See in der Schweiz verunglückte ein Gleitschirmflieger aus Hessen tödlich. Der 33-jährige Urlauber stammt aus der Nähe von Frankfurt. Wohl aufgrund eines Manövrierfehlers sei sein Schirm eingeklappt, der Mann stürzte aus mehreren hundert Meter Höhe auf das Wasser. *dpa/e*

## Protestcamp ist geräumt

**SÜDHESSEN.** Das Protestcamp der Flughafenausbaugesner, das vom vergangenen Donnerstag bis zum Sonntagabend im Treburer Wald nahe der Autobahn A 5 errichtet worden ist (wir haben berichtet), wurde gestern komplett geräumt. Das teilte die Polizei mit.

Sowohl die Baumhäuser als auch die Zelte seien vollständig entfernt worden. Die Demonstranten haben jedoch angekündigt, ihren Protest gegen den Bau eines dritten Terminals am Frankfurter Flughafen fortzusetzen.

Zu Zwischenfällen ist es laut Polizei nicht gekommen. *ha*



Eine klare Sprache sprechen Schilder und Plakate, die überall am geplanten Windrad-Standort in Lautertal-Knöden zu sehen sind. FOTO: GUIDO SCHIEK

## Bouffier hofft auf den Konsens

**INTERVIEW** Ministerpräsident ist über Flut an Stellungnahmen zur Windkraft nicht überrascht

VON ILKA ENNEN

**SÜDHESSEN. Es ist ein ehrgeiziges Ziel der Landesregierung: Bis 2050 soll Hessen seine Energie zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen beziehen. Eine Voraussetzung dafür ist der Ausbau der Windkraft. Dass sich Bürger massiv gegen Windräder zur Wehr setzen, überrascht Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) nicht.**

**ECHO: Herr Ministerpräsident, das Land hat beschlossen, zwei Prozent der Landesfläche für Windkraftanlagen auszuweisen. Beim Beteiligungsverfahren sind allein beim Regierungspräsidium Darmstadt 30 000 Stellungnahmen eingegangen. Haben Sie mit dieser Flut gerechnet?**

Volker Bouffier: Das hat mich nicht überrascht. Wenn Sie große Vorhaben planen, haben Sie häufig tausende von Einwendungen. Das ist eine große Aufgabe, aber es entspricht genau dem, was wir wollten: eine frühzeitige und ausführliche Bürgerbeteiligung, um dann in einem offenen und transparenten Prozess zu entscheiden. Wir wollen nicht einfach etwas durchsetzen, sondern versuchen, einen Konsens zu finden. Es wird immer Widersprüche geben. Die Interessen sind zum Teil auf kleinstem Raum höchst unterschiedlich.

**ECHO: Halten Sie Ihre Ziele für realistisch?**

Bouffier: Bis 2050 wollen wir auf alternative Energien umgestellt haben. Das ist keine Sache der nächsten Jahre, sondern eine Generationenaufgabe. Beim Energiegipfel, zu dem ich 2011 alle Parteien und Organisationen, Umweltschützer und Kraftwerksbetreiber eingeladen hatte, haben wir gesagt, dass wir zwei Prozent der Landesfläche zur Verfügung stellen wollen. 98 Prozent nicht, um zu vermeiden, eine ganz wilde, unkontrollierte Diskussion an allen Fronten zu bekommen. Wir glauben, dass wir mit einer solchen Fläche unsere Ziele erreichen.

**ECHO: Bisher war nicht klar, wie viele Windräder dazu gebraucht werden. Nun sprechen Experten von 3500. Es gibt aber kein Verzeichnis, in dem alle hessischen Windräder aufgelistet sind. Ist das nicht eine Hausaufgabe, die das Land erledigen müsste?**

Bouffier: Das hilft in der Sache nicht viel. Es gibt Windräder, die stehen still und produzieren gerade nicht. Es gibt andere, die sind in der Revision. Und es gibt das sogenannte Repowering, also vorhandene Standorte zu nutzen und technisch zu erneuern. Das Entscheidende ist für mich

nicht die Anzahl, sondern welche Leistung erzielt wird.

**ECHO: Die Leistung wird aber auch nicht zentral erfasst.**

Bouffier: Eins nach dem anderen. Wir sind gerade im Gespräch mit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und der Kanzlerin und verhandeln über das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz, Anmerkung der Red.). Wir ringen um die Frage, bis zu welchen Windgeschwindigkeiten und Erträgen es Zuschüsse gibt. Wir haben den Entwurf zu unseren Gunsten schon ein Stück weit verändert. Die Anrainer an der Küste halten das für Unfug. Die möchten mehr Windkraft auf See. Von dort muss die Energie aber zu uns kommen und damit sind wir bei dem schönen Thema Stromleitungen.

**ECHO: Haben Sie eine Erklärung dafür, warum der Ausstieg aus der Atomenergie einen hohen gesellschaftlichen Konsens gefunden hat, die Menschen aber genauso gegen Windräder auf die Barrikaden gehen?**

Bouffier: Es gibt einen großen Unterschied zwischen genereller Zustimmung und persönlicher Betroffenheit. Das ist nicht nur beim Thema Windkraft so. Wir haben vor vier Jahren die Verfassung geändert und entschieden, bis 2020 keine neuen Schulden mehr. Bei der Volksabstimmung waren 70 Prozent dafür. Das hat natürlich Konsequenzen. Das merken Sie bei den Behörden, in den Kommunen, überall. Wenn Sie dann aber sagen: Sparen muss sein, ist die Unzufriedenheit groß. Es ist dann die Aufgabe der Politik, Prioritäten zu setzen.

**ECHO: Wo stehen wir nun?**

Bouffier: Wir sind gut vorangekommen. In den drei Regierungsbezirken gibt es die Planaufstellungsverfahren. Nordhessen ist damit relativ weit, Mittelhessen

auch Südhessen hinkt hinterher. Das hat auch fachliche Gründe, zum Beispiel die Enge im Rhein-Main-Gebiet. Stichwort Flugsicherung: Wie viel Abstände brauchen wir zu den Flugmessenstellen und Funkfeuern. Da streiten sich die Fachleute. Je nachdem wie das ausgeht, können Sie wieder Flächen markieren oder auch nicht.

**ECHO: In Lautertal im Kreis Bergstraße gibt es heftigen Streit um die Windkraft, und ein sehr aufwendiges Verfahren mit Expertengesprächen und Mediation – bezahlt vom Land Hessen – obwohl es sein kann, dass das Regierungspräsidium die Anlage gar nicht genehmigt. Ist das Geld dann gut angelegt?**

Bouffier: Ich glaube schon. Wir haben den betroffenen Kommunen Beratung und Mediation an-



Ministerpräsident Volker Bouffier  
FOTO: DPA

gebieten, damit man von der emotionalen Seite ein Stück wegkommt und in der Sache versucht, einen Ausgleich zu erreichen. Das geht nur kommunal. Mehrfach in Hessen gibt es aber folgendes: Die Gemeinden hoffen, Geld zu verdienen. Da bin ich ohnehin schon vorsichtig. Wenn die Förderkulisse sich ändert, ist das vielleicht auch weg. Sie bauen die Windräder dann vorzugsweise hinter den Hügeln vor dem Wohngebiet der Nachbargemeinde. Da frage ich immer: Warum tut ihr euch nicht zusammen? Wenn die Erträge auch in die Nachbargemeinde kommen, ist die Diskussion vielleicht schon ein bisschen anders. Ich kann nur hoffen, dass es vor Ort gelingt, zu einer Gemeinsamkeit zu kommen.

## Kein Friede in Lautertal

**LAUTERTAL.** Windräder sorgen für Streit. Lautertal hat als eine von neun Kommunen in Hessen am Mediationsprogramm des Landes zur Windkraft-Akzeptanz teilgenommen. Eine Lösung des Konfliktes ist nicht in Sicht. Dafür sorgen vielleicht Rotmilan und Mopsfledermaus.

Für Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) ist das Mediationsangebot der Landesregierung ein Erfolg. Deshalb wird weiter Geld dafür ausgegeben, 1,1 Millionen Euro stehen 2014 noch bereit. Kandidaten für Streit-schlichtungen gibt es offenbar genug. „Es gibt rund 30 Fälle auf der Liste, die wir mit den Regierungspräsidien diskutieren“, sagt Rainer Kaps von der Hessenagentur, die in den Kommunen zwischen Windkraft-Gegnern und -Befürwortern vermitteln soll.

**Die Streitschlichter sind zufrieden**

Kaps war auch in Lautertal (Kreis Bergstraße), wo der geplante Bau von drei Windrädern durch den Bensheimer Energieversorger GGEW für eine hochexplosive Stimmung im 7000-Einwohner-Ort gesorgt hat. Der Streitschlichter ist zufrieden mit dem Ergebnis nach Diskussionen, Expertengesprächen und Vorträgen mit Vertretern aller Interessengruppen. „Es war eine verfahrenre Kiste, aber wir haben einen echten Fortschritt erzielt“, sagt Kaps. Auch der Bürgermeister ist zufrieden. „Es ist Ruhe eingekkehrt“, sagt Jürgen Kaltwasser (SPD). „Man kann wieder gemeinsam ein Bier trinken, es gibt keine Anfeindungen unter der Gürtellinie mehr.“

In Luft aufgelöst hat sich der Konflikt nicht. Bei den Windrädern gibt es keinen Kompromiss. Nur bauen oder nicht bauen. Präsent sind vor allem die Gegner. Überall im Ort zeigen sie auf Plakaten ihren Ärger. „GGEW und die Gemeinde Lautertal zerstören diesen Ortsteil für die Windkraft“, steht dort zu lesen. Oder: „Stell sie doch in Bensheim auf.“

**Windkraftgegner fordern Bürgerbefragung**

Die Mitglieder der zwei Bürgerinitiativen IGW und IKB halten an ihrem Widerstand fest. „Wir haben unsere Proteste zurückgefahren in der Hoffnung, dass die Gemeinde Vernunft annimmt. Aber die Emotionen kochen immer noch hoch“, sagt Markus Bormuth, Sprecher der IGW Lautertal. Die Bürgerinitiativen fordern eine Bürgerbefragung, in der die Lautertaler darüber abstimmen, ob die Gemeinde Grundstücke an die GGEW verpachten soll oder nicht.

Am Ende war vielleicht alles umsonst, der Streit und die Mediation. Die Genehmigung der Windräder liegt auf Eis. Das Regierungspräsidium hat die GGEW aufgefordert, Gutachten zum Naturschutz vorzulegen. Von Kosten im sechsstelligen Bereich ist die Rede. Nicht nur Menschen, sondern geschützte Mopsfledermäuse und Rotmilane leben in Lautertal. „Da hat die GGEW ein bisschen kalte Füße bekommen“, sagt Kaltwasser. Die Bensheimer stehen weiter zum Projekt, sagen sie. Bevor sie aber in die tiefe Tasche greifen, hätten sie gerne eine Zusage der Gemeinde, dass die nötigen Flächen auch verpachtet werden. *ilk*



Die Windkraftgegner zeigen Präsenz.

FOTO: GUIDO SCHIEK

REDAKTION REPORTAGE UND RECHERCHE

Holzhofallee 25 – 31, 64295 Darmstadt, Telefon 06151 387-1, Fax: 06151 387-307, E-Mail: Reportage@darmstaedter-echo.de

Dr. Michael Horn (ho) 387-373 Hans Dieter Erlenbach (ha) 387-952  
Ilka Ennen (ilk) 387-373 Regine Herrmann (reh) 387-336  
Petra Lochmann-Wilhelm (pelo) 387-554

HINTERGRUND

### Regierungspräsidium prüft 30 000 Stellungnahmen

Viel Arbeit muss das Darmstädter Regierungspräsidium (RP) bewältigen: 30 000 Stellungnahmen sind beim RP zu den geplanten Gebieten eingegangen, auf denen in Zukunft Windräder gebaut werden könnten. Gut 60 000 Seiten schätzt Pressesprecherin Nicole Ohly-Müller. Zehn Mitarbeiter seien derzeit damit beschäftigt, die Stellungnahmen zu erfassen und auszuwerten.

Beteiligt haben sich Privatpersonen, 161 Kommunen und rund 220 Träger öffentlicher Belange, zum Beispiel das Denkmalmat.

In Südhessen beziehen sich die meisten Stellungnahmen auf den Odenwald, da dort auch die meisten Flächen ausgewiesen wurden, sagt Ohly-Müller. Teilweise wurden auch neue Gutachten vorgelegt, die geprüft werden müssen.

In den kommenden Monaten werden die Stellungnahmen fachlich bewertet. Dazu werden erneut Fachbehörden und Gutachter befragt.

Die Ergebnisse werden den Gremien der Regionalversammlung und des Regionalverbands vorgelegt, die letztlich über den Entwurf entscheiden, der erneut offen gelegt wird. Dies ist für 2015 geplant. *ilk*